

<b>Vorlage</b>		<b>Vorlage-Nr:</b> FB 11/0111/WP18
Federführende Dienststelle: FB 11 - Fachbereich Personal, Organisation, E-Government und Informationstechnologie Beteiligte Dienststelle/n:		Status: öffentlich
		Datum: 04.12.2022
		Verfasser/in: Frau Bläsius
<b>Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 10.11.2022 (öffentlicher Teil)</b>		
<b>Ziele:</b> Klimarelevanz keine		
<b>Beratungsfolge:</b>		
<b>Datum</b>	<b>Gremium</b>	<b>Zuständigkeit</b>
12.01.2023	Personal- und Verwaltungsausschuss	Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Der Personal- und Verwaltungsausschuss genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 10.11.2022 (öffentlicher Teil).

**Anlage/n:**

Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 10.11.2022 (öffentlicher Teil)

## **N i e d e r s c h r i f t**

### **Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses**

15. November 2022

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 10.11.2022
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	18:30 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Aula der Gesamtschule Brand, Rombachstraße 99, 52078 Aachen

---

Anwesende:

Ratsfrau Annika Fohn

Ratsfrau Ellen Begolli

Ratsfrau Franca Braun

Vertretung für: Ratsherr Lars Lübben

Ratsherr Birdal Dolan

Ratsfrau Elke Eschweiler

Ratsherr Achim Ferrari

Ratsfrau Ulla Griepentrog

Ratsherr Wolfgang Palm

Ratsfrau Daniela Parting

Ratsherr Peter Tillmanns

Vertretung für: Ratsfrau Dr. Margrethe Schmeer

Frau Relindis Becker

Frau Rita Dautzenberg

Herr Ludger Eickholt

Herr Frank Hansen

Vertretung für: Ratsfrau Sigrid Moselage ab TOP 3

Frau Jana Keller

Frau Ute Nußbaum

Herr Jannis Pinzek

Abwesende:

Ratsherr Lars Lübben	entschuldigt
Ratsfrau Sigrid Moselage	entschuldigt
Ratsfrau Dr. Margrethe Schmeer	entschuldigt

als Teilnehmende der Verwaltung:

Frau Pia-Alice Betsch	FB 11 / Auszubildende
Frau Jenny Buchem	Dez. V
Herr Michael Geber	FB 01
Herr Berthold Hammers	FB 11
Frau Cornelia Hassiepen	FB 11
Herr Volker Haupt	FB 11
Frau Diana Kleinholz	FB 11
Herr Helmut Lennartz	FB 11
Herr Markus Lennartz	Dez. V
Frau Kerstin Löhner	GPR
Herr Pascal Mambor	FB 12
Frau Yvonne Moritz	BA 6
Frau Katja Oldenburg	FB 11
Frau Linda Plesch	FB 13
Frau Christina Rehann	FB 11
Herr Wolfgang Sanders	BA 1
Herr Klaus Schavan	E 26
Frau Renée Stühlen	BA 4
Herr Karlheinz Welters	GPR
Herr Timo Zimmermann	FB 12
Herr Wolfgang Zimmermann	FB 11

als Gast:

Frau Christina Michulik

als Schriftführerin:

Frau Kerstin Bläsius

## **Tagesordnung:**

### Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der öffentlichen Sitzung**
  
- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 29.09.2022 (öffentlicher Teil)**  
**Vorlage: FB 11/0102/WP18**
  
- 3 **Erfolge von Weiterbildungen zur Deeskalation**  
**Tagesordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 21.09.2022**  
**Gewaltprävention - wo stehen wir?**  
**Vorlage: FB 11/0104/WP18**
  
- 4 **Stellenplan 2023 und Entwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen 2023 (1. Lesung)**  
**Vorlage: FB 11/0108/WP18**
  
- 5 **Digitale Strategie für die Stadt Aachen**  
**Vorlage: Dez. I/0006/WP18**  
*-verschoben auf nächste Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses-*
  
- 6 **Bildung des Fachbereichs Digitale Verwaltung und IT-Steuerung (FB 15)**  
**Vorlage: FB 11/0105/WP18**  
*-verschoben auf nächste Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses-vertagt-*
  
- 7 **Sachstandsbericht zu Organisationsthemen und zur Stellenbesetzung in den Bezirksämtern (B 1 - B 6)**  
**Vorlage: FB 11/0106/WP18**
  
- 8 **Sachstand Neu- und Erweiterungsbau Verwaltungsgebäude Lagerhausstraße**  
**Vorlage: E 26/0100/WP18**
  
- 9 **Mitteilungen der Verwaltung**

## **Protokoll:**

### Öffentlicher Teil

#### **zu 1 Eröffnung der öffentlichen Sitzung**

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn (CDU) eröffnet um 17:00 Uhr den öffentlichen Sitzungsteil der Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses und begrüßt die Anwesenden.

Namentlich begrüßt sie Herrn Jannis Pinzek (ZUKUNKT). Herr Pinzek wurde in dieser Wahlperiode bisher noch in keinem anderen Ausschuss des Rates der Stadt Aachen als sachkundiger Bürger verpflichtet. Vor Eintritt in die Tagesordnung führt die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn seine Verpflichtung durch. Herr Jannis Pinzek spricht die Verpflichtungsformel: „Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde.“

Ratsfrau Parting (SPD) stellt den Antrag, dass der Tagesordnungspunkt 6 „Bildung des Fachbereichs Digitale Verwaltung und IT-Steuerung (FB 15)“, -auch aufgrund der heutigen Abwesenheit von Herrn Dr. Kremer (Dez.V)- auf die nächste Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses verschoben werde. Es sei beabsichtigt, dieses Themenfeld zunächst im Rahmen des bereits für nächste Woche terminierten interfraktionellen Gespräches zum Ausschuss Wissenschaft und Digitalisierung auszutauschen und gegebenenfalls sich ergebene Fragen und Anmerkungen in der folgenden Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses zu beraten.

Es werden keine weiteren Anträge auf Änderung bzw. Erweiterung der Tagesordnung gestellt. Die Ausschussmitglieder beschließen die geänderte Tagesordnung einstimmig.

#### **zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 29.09.2022 (öffentlicher Teil)**

**Vorlage: FB 11/0102/WP18**

Einlassungen ergeben sich zu diesem Tagesordnungspunkt nicht.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt bei 2 Enthaltungen aufgrund von Nichtanwesenheit.

#### **Beschluss:**

Der Personal- und Verwaltungsausschuss genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 29.09.2022 (öffentlicher Teil).

### **zu 3 Erfolge von Weiterbildungen zur Deeskalation**

**Tagesordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 21.09.2022**

**Gewaltprävention - wo stehen wir?**

**Vorlage: FB 11/0104/WP18**

Herr Haupt (FB 11) gibt im Rahmen einer anschaulichen Präsentation einen Überblick zum aktuellen Stand der städtischen Gewaltprävention und hier insbesondere zu den Weiterbildungen.

Im Anschluss an die Präsentation spricht die Ausschussvorsitzende Frau Fohn (CDU) dem Vortragenden ihren Dank aus.

Ratsfrau Begolli (LINKE) bedankt sich bei dem Vortragenden für die Zusammenführung von Vorlage und Präsentation. In Ansätzen habe man natürlich auch schon von Gefährdungsatlas und auch von Gewaltprävention gehört; jedoch gebe die Zusammenfassung nun einen sehr guten Überblick. Ihrer Fraktion sei es auch noch einmal wichtig zu sehen, wie eine Fortschreibung erfolge. In diesem Kontext habe sie eine Bemerkung zum Fachbereich Standesamt Aachen (FB 34) dahingehend verstanden, dass der Gefährdungsatlas ständig aufgrund von Vorkommnissen aktualisiert werde. Bei Durchsicht der Präsentation im Vorfeld zur Sitzung habe sie der sprunghafte Anstieg der gemeldeten Vorfälle in Form von Beleidigungen zum Jahr 2020 schockiert. Bezugnehmend auf die Aussage, dass „wir nur unser Verhalten beeinflussen und das Verhalten von Bürger\*innen nur indirekt beeinflussen können“ bitte sie um Auskunft, inwieweit es nicht trotzdem eventuell Methoden gebe, das Verhalten des Gegenübers positiv zu beeinflussen. Abschließend finde sie es sehr schön, dass sich die Stadt Aachen -wie sie der Vorlage entnommen habe- an vielen Stellen als Best Practice Beispiel vorzeigen lassen könne.

Herr Haupt (FB 11) führt zu dem Anstieg der gemeldeten Vorfälle in Form von Beleidigungen aus, dass auch die gute Arbeit, welche er leiste, zu dem Anstieg in diesem Segment geführt haben könne. Zur Erlangung eines realistischen Bildes werbe er nämlich bei den Kolleginnen und Kollegen in jeder Maßnahme dafür, tatsächlich auch alle Vorfälle zu melden; demzufolge stiegen auch die Zahlen. Aus vorgenanntem Grund glaube er daher nicht, dass sich die Anzahl der Vorfälle in Form von Beleidigungen wirklich erhöht habe. Beurteilen könne er dies jedoch nicht. Er hoffe an dieser Stelle, dass sich die Mitarbeitenden einfach vermehrt trauten, entsprechende Vorfälle auch anzuzeigen.

Ratsfrau Griepentrog (GRÜNE) spricht dem Vortragenden auch im Namen ihrer Fraktion ihren Dank für die Form der Darstellung aus. Ihre Fraktion teile die Einschätzung, dass es sehr wichtig sei, am Selbstbewusstsein der Mitarbeitenden zu arbeiten und dieses entsprechend zu stärken. Daher sei der eingeschlagene Weg auch genau richtig und würde bestimmt auch aus diesem Grund von Interesse für andere Städte sein. Sie erschrecke ehrlicherweise gesagt nicht so vor den Zahlen. Wenn man sich überlege, dass von mehr als 5000 Mitarbeitenden in einem ganzen Jahr ca. 500 bis 600 Beleidigungen gemeldet würden und an manchen Stellen seien es sogar nur Einzelfälle, dann empfinde sie dies erstmal auch als Signal, jedoch nicht so, als dass man ständig dieser Gefahr ausgesetzt sei. Sie halte die Anzahl der Meldungen für durchaus überschaubar und finde diese Zahlen daher erst einmal beruhigend. Die einzige Zahl, welche ihr nicht so gefalle, sei die Einschätzung, dass man von ca. 2000 Mitarbeitenden in der Verwaltung ausgehe, welche davon betroffen seien. In diesem Kontext denke sie dann beispielsweise

an den großen Fachbereich Kinder, Jugend und Schule (FB 45) und sehe dann auch genau in diesem Bereich, dass man im Rahmen seiner Profession gelernt habe, durchaus mit Beleidigungen und all diesen Dingen umzugehen. Dies gehöre zum Tagesgeschäft. Wenn man also davon ausgehe, dass von ca. 5000 Mitarbeitenden ca. 2000 Mitarbeitende in eine solche Situation kämen, dann höre sich diese Zahl ein wenig „schräg“ an und von daher müsse man diese Zahl einer differenzierteren arbeitsplatzspezifischen Betrachtung unterziehen, damit sie sich in der Darstellung nicht verschlechtere.

Ratsfrau Eschweiler (CDU) bedankt sich ebenfalls auch im Namen ihrer Fraktion für den Vortrag. Sie finde es wichtig, dass es sich nicht um eine Momentaufnahme handele, sondern dieses Themenfeld sie dauerhaft begleite. Dies habe die Darstellung verdeutlicht. Auch die Anzahl der geschulten Menschen führe nachher dazu, bestimmte Situationen besser in den Griff zu bekommen. Sie teile die Einschätzung von Frau Griepentrog, dass es nicht so dargestellt werden solle, dass es so viele Fälle gebe. Es gebe diese Fälle; dies sei unbenommen. Sie glaube auch, dass die Anzahl der gemeldeten Vorfälle nicht nur dank der Schulung, weil die Mitarbeitenden sich dann mehr trauten, steige. Das sei sicherlich die eine Seite. Die andere Seite sei jedoch, dass die Situationen momentan auch für alle angespannter seien und die Menschen auf verschiedenen Ebenen auch einer persönlichen Situation ausgesetzt seien. Besonders im Fachbereich Kinder, Jugend und Schule (FB 45) bekämen die Mitarbeitenden, wenn beispielsweise Kitas geschlossen werden müssten und die Eltern entsprechend Betreuungsprobleme hätten, häufig viel ab. In manchen Bereichen müsse man genau hinsehen, da helfe zwar eigene Gelassenheit und dennoch müsse man auch Verständnis für die Situation des Gegenübers haben. Es gelte kein Pauschalurteil über alle zu fällen. Die Arbeit als solche finde sie unglaublich wichtig. Die Verwaltung gehe mit einem guten Beispiel voran und solle auch so weitermachen. Jedoch dürften die Zahlen weder schlecht noch gut geredet werden; davor warne sie.

Ratsfrau Parting (SPD) spricht dem Vortragenden auch im Namen ihrer Fraktion ihren Dank. Es sei gut und wichtig, wie die Arbeit von Herrn Haupt getan werde. Durch die Arbeit würden Dinge sichtbar. Vor allem auch für die Kolleginnen und Kollegen, die sich gegebenenfalls ansonsten nicht getraut hätten, solche Vorfälle zu melden. Die Zahlenentwicklung müsse im Auge behalten werden, sodass es sie abschließend freuen würde, wenn man sich in Abständen in diesem Ausschuss wiedersähe.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn (CDU) nimmt die letzte Anmerkung von Frau Parting gerne auf und schließe sich ihr an. Gerade die Themenfelder Resilienz und Prävention blieben auch zukünftig für alle städtischen Mitarbeitenden elementare Themenfelder im Rahmen ihrer Arbeit. Sie komme daher dem Wunsch weiterer Berichterstattungen in diesem Ausschuss gerne nach.

Ratsherr Palm (AFD) bedankt sich ebenfalls für den Vortrag. Der Umgang mit der Angelegenheit sei sehr professionell. Zudem habe ihn die persönliche Führung der Statistik und eine gewisse Wertschätzung den Mitarbeitenden gegenüber, dadurch dass sie sehen, was sie dürfen, beeindruckt. Auf keinen Fall solle man versuchen, offenkundige Probleme kleinzureden und entsprechend andere Zahlen zu finden. Es sei richtig, dass man den Finger in die Wunde lege und der Politik genau diese Zahlen vorlege. Verbale Entgleisungen könnten sehr niederschwellig, aber auch sehr massiv sein und dieser Umstand würde dann aber erst durch ein entsprechendes Protokoll offenkundig. Es sei Aufgabe des Dienstherrn sich darum zu kümmern, dass die städtischen Mitarbeitenden nicht in eine Frustsituation hineingerieten

und dadurch unzufrieden würden. Dies könne zu hohen Krankenständen beitragen. In diesem Kontext stelle sich für ihn die wichtige Frage, ob Herr Haupt die Anzahl der Fälle bekannt sei, in welchen der Mitarbeitende auf die Stellung eines Strafantrages bestanden und die Oberbürgermeisterin sich dem nicht angeschlossen habe.

Herr Haupt (FB 11) erläutert, dass sich dies seiner Kenntnis entziehe.

Ratsherr Palm (AFD) führt abschließend weiter aus, dass er aus der Praxis komme und bei der Polizei gearbeitet habe und aus diesem Grund engagiere er sich auch in dieser Sache so. Er habe ein Interesse daran, dass den Mitarbeitenden des Sicherheits- und Ordnungsdienstes besondere Unterstützung gegeben werde und sie eine entsprechende Wertschätzung erhielten; von ihrer Arbeit profitierten alle.

Die Präsentation wird der Niederschrift als Anlage beigelegt

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig.

#### **Beschluss:**

Der Personal- und Verwaltungsausschuss nimmt den Sachstandsbericht der Verwaltung zum aktuellen Stand der Gewaltprävention -insbesondere der Weiterbildungen- zur Kenntnis.

#### **zu 4 Stellenplan 2023 und Entwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen 2023 (1. Lesung)**

##### **Vorlage: FB 11/0108/WP18**

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn führt aus, dass nachdem in der gestrigen Sitzung des Rates der Stadt der Haushaltsplanentwurf 2023 eingebracht worden sei, für die heutige Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses die 1. Lesung des Stellenplans 2023 und die Entwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen 2023 zur Beratung anstehe. Im Vorfeld sei interfraktionell zwischen den Geschäftsführungen vereinbart worden, dass aufgrund der Abwesenheit von Herrn Dr. Kremer die vorgesehene Präsentation in einem noch zu terminierenden interfraktionellen Gespräch nachgeholt werde. Vor Beschlussfassung bitte sie gerne -trotz Abwesenheit von Herrn Dr. Kremer- um gewünschte Anregungen bzw. Wortbeiträge.

Herr Hammers (FB 11) merkt an, dass er an dieser Stelle gerne einen kleinen Ausblick auf die 2. Lesung des Stellenplans 2023 zur zwischenzeitlichen Aufnahme zusätzlicher Stelleneinrichtungen geben möchte. Aufgrund der Wohngeldreform zum Jahresbeginn 2023 rechne die Verwaltung mit einer Verdreifachung der Wohngeldberechtigten. Dies führe zu sehr hohen prognostizierten Zahlen. Zusammen mit dem Bereich „Bildung und Teilhabe“ müssten zur Bewältigung dieses Themenfeldes nochmals 20 Stellenbedarfe im Rahmen der 2. Lesung des Stellenplans 2023 eingebracht werden. Die Stadt Aachen sei hier jedoch absolut im Trend der NRW-Städte. Absehbar sei daher jetzt schon, dass die Personalfindung hohe Schwierigkeiten bereiten werden. Es bestehe daher verwaltungsseitig der Wunsch, dieses Thema auch unmittelbar in die Bewirtschaftung bringen zu können. Obligatorisch stehe gerade im Bereich „Sachbearbeitung Wohngeld“ ein Auswahlverfahren an. Er bitte daher um Einvernehmen, diese



wenn es der Verwaltung in diesem Auswahlverfahren bereits gelinge, schon mehr geeignete Bewerber\*innen zu finden, dann auch schon zum 01.01.2023 rekrutieren zu können.

Ratsfrau Eschweiler (CDU) spricht an dieser Stelle ihr Erstaunen im Umgang mit diesem Themenfeld aus. Gestern habe man die Mitteilung erhalten, dass Herr Dr. Kremer nicht an der Sitzung teilnehmen könne und dass der Stellenplan 2023 im Nachgang zur heutigen Sitzung im Rahmen eines interfraktionellen Gesprächs, welches quasi die 1. Lesung des Stellenplans 2023 ersetzen solle, vorgestellt werde. Aufgrund der Tatsache, dass sie die umfangreiche Vorlage erst kurz vor Sitzungsbeginn erhalten habe, eine Durcharbeitung der Unterlagen somit zeitlich nicht möglich gewesen wäre und eine erklärende Vorstellung des Stellenplans 2023 nicht stattgefunden habe, könne sie im Rahmen der heutigen Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses keinen Beschluss entsprechend der Vorlagenformulierung fassen. In Absprache mit der Verwaltung habe sie es auch so verstanden, dass diese kurzfristig das beabsichtigte interfraktionelle Gespräch terminiere, in welchem ein entsprechender Austausch stattfinden könne. Sie sehe sich außerstande, ohne heutige Vorstellung des Stellenplans 2023, einen Beschluss zu fassen.

Herr Eickholt (GRÜNE) betont, dass er sich gerne den Ausführungen seiner Vorrednerin anschließe. Er finde es ungewöhnlich, dass es bereits eine Änderung zur 1. Lesung des Stellenplans 2023 gebe, obwohl die 1. Lesung des Stellenplans noch gar nicht erfolgt sei. Die verwaltungsseitige Dringlichkeit könne er verstehen; sehe sich jedoch rein formal heute nicht in der Lage, die Vorlage so zu beschließen.

Herr Hammers (FB 11) ergänzt, dass ihm eine Ansprache und Regelung dieses Themenfeld im Rahmen des interfraktionellen Gesprächs sehr recht sei. Eine abschließende Beratung erwarte er heute nicht.

Herr Eickholt (Grüne) sichert dies zu.

Ratsfrau Begolli (LINKE) erläutert, dass Herr Hammers ja auf die Dringlichkeit der vorzeitigen Bewirtschaftung von ganz bestimmten Stellen hingewiesen habe. Seitens der Politik wisse man, dass die Wohngeldreform wesentlich mehr Menschen Wohngeld zuspreche, die Bearbeitung dadurch umfangreicher und entsprechend mehr Personal benötigt werde. Sie gebe den Vorredenden Recht, dass heute aufgrund der Vorabsprache kein Beschluss gefasst werden könne. Über den Hinweis der Verwaltung an dieser Stelle sei sie jedoch froh, da den Fraktionen nun bereits jetzt schon eine interne Absprache und Entscheidungsfindung ermöglicht werde und gegebenenfalls im Rahmen des interfraktionellen Gesprächs bereits ein entsprechender Beschluss gefasst werden könne. Dies wäre natürlich in einem interfraktionellen Gespräch ungewöhnlich, jedoch habe man auch in der Vergangenheit schon in vielen Bereichen einer vorzeitigen Bewirtschaftung von Stellen zugestimmt. Schließlich wisse man, wie schwierig Stellenbesetzungen seien. Je früher mit der Ausschreibung begonnen werde, je größer sei die Wahrscheinlichkeit einen Bruchteil der Stellen, welche man eigentlich bräuchte, zu besetzen. Dies sei ihr Vorschlag zu einer möglichen Vorgehensweise.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn (CDU) stellt kurz zusammenfassend fest, dass die 2. Lesung des Stellenplans 2023 erst für die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses am 12.01.2023

vorgesehen sei. Sie stelle als Möglichkeit im Nachgang zum interfraktionellen Gespräch noch eine weitere Ausschusssitzung zu einer regulären Beschlussfassung in den Raum.

Ratsfrau Parting (SPD) weist daraufhin, dass in einem interfraktionellen Gespräch in der Tat kein Beschluss gefasst werden könne. Es könne jedoch ein Sonderausschuss einberufen oder eine Dringlichkeitsentscheidung herbeigeführt werden.

Ratsfrau Eschweiler (CDU) verdeutlicht, dass ihre Ausführungen in dieselbe Richtung gingen. Es bedürfe zur Rechtsverbindlichkeit eines Ausschusses. Eine Dringlichkeit sei an besondere Voraussetzungen geknüpft, von denen sie nicht wisse, ob sie an dieser Stelle gegeben seien. Auch sie möchte, dass die Angelegenheit frühzeitig auf den Weg gebracht werde. Um jedoch alles formal richtig zu machen, bedürfe es zur Not noch einmal eines Ausschusses.

Der Tagesordnungspunkt wird ohne Beschlussfassung abgeschlossen.

#### **zu 5 Digitale Strategie für die Stadt Aachen**

**Vorlage: Dez. I/0006/WP18**

Ratsfrau Eschweiler führt erläuternd aus, dass es auch anlässlich dieses Tagesordnungspunktes ein interfraktionelles Gespräch, welches allerdings in das interfraktionelle Gespräch mit den Vertretenden des Ausschusses für Wissenschaft und Digitalisierung am 17.11.2022 eingebettet wäre, geben werde und im Gesprächsanschluss werde dann im Rahmen der nächsten Sitzung entschieden.

Der Tagesordnungspunkt wird ohne Beschlussfassung erneut für die nächste Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses zur Beratung bereitgestellt.

#### **zu 6 Bildung des Fachbereichs Digitale Verwaltung und IT-Steuerung (FB 15)**

**Vorlage: FB 11/0105/WP18**

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses verschoben.

#### **zu 7 Sachstandsbericht zu Organisationsthemen und zur Stellenbesetzung in den Bezirksämtern (B 1 - B 6)**

**Vorlage: FB 11/0106/WP18**

Ratsfrau Eschweiler (CDU) merkt an, dass dieses Themenfeld bereits in der letzten Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses ein umfangreiches und auch für sie persönlich ein emotionales Thema gewesen sei. Es freue sie daher zunächst, dass den Mitgliedern des Ausschusses nunmehr diese Vorlage vorliege. In der Vorlage sei vieles, was politischerseits bemängelt worden sei, aufgegriffen worden.

### Hausmeisterdienste

Ausweislich der Vorlage sei dieses Thema nun auch abschließend geklärt. Die Hausmeisterstellen verblieben jetzt in den Bezirksämtern und würden nicht dem Gebäudemanagement (E 26) zugeordnet. Dies sei ein ganz wichtiger Aspekt für die Bezirksämter.

### Stellenbesetzungen

Auch in diesem Themenfeld sei man nun einen guten Schritt weiter.

### Stellenbewertung

Stellenbewertung bleibe weiterhin ein großes Thema. Sie entnehme dem letzten Absatz der Vorlage das Wohlwollen, die Stellenbewertungen so zu belassen wie sie seien. Alles andere würde sie auch sehr wundern. Man bräuchte auf der einen Seite keine großen Kampagnen und Maßnahmen zur Besetzung der Stellen durchzuführen, wenn man diese Stellen auf der anderen Seite durch Herabsetzung der Bewertung selbst unattraktiv gestalte, welches überhaupt gar nicht zur Diskussion gestanden habe. Vor diesem Hintergrund rufe sie das Bild des Bürgerservices vor einigen Jahren in Erinnerung. Stellen hätten nicht besetzt werden können und dies habe zu chaotischen Zuständen geführt. Dies habe sich jedoch auch dank einer Eingruppierung der Stellen nach EG 8 TVöD / A 8 LBesO NRW deutlich verbessert und die Stellen hätten entsprechend besetzt werden können. Bei einer Abwertung der Stellen könne dieser Umstand jedoch wieder eintreten und es würden dann auch wieder keine Mitarbeitende gefunden. Man erwarte von den Mitarbeitenden in den Bezirken einen hohen Kenntnisstand und daher könne man nicht hingehen und für den Bürgerservice eine Bewertung nach EG 8 TVöD / A 8 LBesO NRW und für die Bezirke eine Bewertung nach EG 6 TVöD / A 6 LBesO NRW festzulegen.

Abschließend nehme sie wohlwollend zur Kenntnis, dass die Verwaltung versuche die Stellen so anzugleichen, dass sie einer Bewertung standhielten. Sie glaube jedoch, dass dies außer Frage gestanden habe. Der Höherbewertungsantrag eines Einzelnen könne nicht dazu führen, dass plötzlich alle anderen Stellen auf den Prüfstand kämen. Nach vielen geführten Gesprächen seit der letzten Sitzung sei sie dankbar, dass es so in der Vorlage stehe. Käme es jedoch anders, wovon sie nicht ausgehe, bitte sie entsprechend um eine erneute Diskussion in diesem Ausschuss. Sie werbe dringend -auch wenn es nicht in ihrer Entscheidungshoheit liege- dafür, die Stellen so eingruppiert zu lassen wie sie seien und warne vor einer Abwertung.

Ratsfrau Begolli (LINKE) bedankt sich im Namen ihrer Fraktion für die Vorlage. In der letzten Sitzung sei es nicht ganz so glücklich gewesen, dass keine schriftliche Vorlage vorgelegen habe. Durch die Vorlage zöge sich, dass die Bezirksämter personelle Aufstockungen erhielten; gerade auch in den Bereichen IT, Hausmeister etc.. Es sei wichtig, dass im Sinne der Personalgewinnung und -bindung die Eingruppierung der Mitarbeitenden in den Bezirken nicht in Frage gestellt werde. Sie habe die Vorlage -wobei die Formulierung nicht ganz eindeutig sei- so verstanden, dass eine Herabsetzung der Bewertung nicht beabsichtigt sei. Sie bitte die Verwaltung jedoch an dieser Stelle noch einmal um eine klare Aussage. Dies auch vor dem Hintergrund des Schreibens der komba Gewerkschaft, in welchem auch daraufhin gewiesen werde, dass die Tarifeingruppierung genauso sein solle wie in der Zentralverwaltung und dementsprechend kein neues Problemfeld hausintern aufzumachen. In diesem Zusammenhang interessiere sie, da nur das Schreiben der komba Gewerkschaft vorliege, wie die Stellungnahme bzw. die

Einschätzung des Personalrates zu diesem Themenfeld sei. Vielleicht könne den Fraktionen sowohl diese Stellungnahme als auch eine verwaltungsseitige Konkretisierung in der Formulierung, ob es bei den Tarifeingruppierungen bzw. bei der Angleichung zur Zentralverwaltung bleibe, nachgereicht werden.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn (CDU) sichert eine Nachreichung an die Geschäftsführungen der Fraktionen zu.

Ratsfrau Parting (SPD) bewertet es positiv, dass den Mitgliedern des Ausschusses zu der Themenlage nunmehr eine schriftliche Vorlage und auch in diesem Umfang vorliege; dies habe auch noch einmal vieles verdeutlicht. Insbesondere die Einrichtung von 0,5 Stelle Hausmeister\*in je Bezirk begrüße ihre Fraktion sehr. Über das am gestrigen Abend eingegangene Schreiben der komba Gewerkschaft sei sie jedoch ein bisschen verwundert gewesen. Dies sei nicht dem Inhalt geschuldet, sondern sie wisse, dass der Personalrat der allgemeinen Verwaltung über den Alleinschritt irritiert gewesen sei. Es wäre schön, wenn man zukünftig Stellungnahmen von der Personalvertretung insgesamt erhalten würde. In der Sache diskutiere die Politik inhaltlich nicht über Eingruppierungsfragen. Politischerseits sei jedoch die Aussage relevant, dass man Mitarbeitende finden wolle und dementsprechend auch die Stellen besetzen könne. Aus diesem Grund sei es wichtig, so gut wie möglich zu bezahlen. Daher möchte man der Verwaltung an dieser Stelle auch noch einmal mit auf den Weg geben, die mögliche Bewertung der Stellen auszureizen und diese so gut zu bewerten, wie es die rechtlichen Rahmenbedingungen zuließen. Man solle sich hier nicht selber im Weg stehen und Probleme schaffen, welche vielleicht gar nicht nötig seien.

Ratsfrau Eschweiler (CDU) weist an dieser Stelle erläuternd zur Vermeidung von Irritationen darauf hin, dass es sich um Stelleneinrichtungen für Hausmeister\*innen und nicht für IT-Hausmeister\*innen handele. Zudem gebe es in der Vorlage auch wieder den Hinweis, dass es unter Umständen Aufgaben gebe, welche auch wieder in die Zentralverwaltung zurückgegeben werden könnten bzw. wo im Rahmen von Veranstaltungen geholfen werden könne. Hier müsse jedoch unterschieden werden, für welche Bezirke dies sinnvoll sei und dies bitte sie jeweils mit den Bezirken auch abzustimmen. Sie glaube jedoch, dass sämtliche Veranstaltungen in den Bezirken von den Bezirken am besten gelöst werden könnten. Natürlich gebe es auch Großveranstaltungen, bei welchen auch der Ordnungs- und Sicherheitsdienst benötigt werde. Dies dürfe jedoch nicht dazu führen, dass hier ein Tor geöffnet werde, um Stellen zu verringern oder abzuwerten. Darüber hinaus falle es auch einfacher, wenn die Stellen im Bürgerservice und den Bezirksämtern gleich gehalten werden könnten, sich gegenseitig zu unterstützen und wechselseitig auszuhelfen. Ein wechselseitiger Austausch könne sowohl für die Innenstadt als auch für die Außenbezirke durchaus fruchtbar sein.

Ratsfrau Griepentrog (GRÜNE) betont, dass als Andeutung im Raum stehen bleibe, ob nun Stellen abgewertet würden oder nicht. Auch das Schreiben der komba Gewerkschaft gehe in diese Richtung. Es sei nicht die Aufgabe der Politik Stellen zu bewerten. Sie erwarte daher von der Verwaltung, dass die Mitglieder des Ausschusses bei Änderungen von Stellenbewertungen diese Aussage auch tatsächlich erfahre und nicht nur eine ungenaue Andeutung im Raum stehen bleibe. Aus diesem Grund finde sie es gut, wenn es tatsächlich der Fall sei, dass Stellen neu oder anderes bewertet würden, die Verwaltung dies auch entsprechend konkret mitteile. Vielleicht könne Herr Hammers an dieser Stelle dazu ausführen.

Abschließend gehe sie davon aus, dass man ein gemeinsames Interesse daran habe, die Stellen so attraktiv wie möglich auszusprechen.

Herr Hammers (FB 11) betont, dass die Verwaltung natürlich einen wohlwollenden Blick auf das Ganze im Sinne der Mitarbeitenden und im Sinne der Interessen der Stadt habe; dies stehe außer Frage. Eine Zusage zum jetzigen Zeitpunkt stehe ihm jedoch nicht zu, da man sich mitten im Beteiligungsverfahren befinde. Momentan stehe man genau an der Stelle, an welcher man mit der Personalvertretung dieses Feld austarieren müsse. Ein Vorgriff sei hier nicht möglich, da der formale Ablauf einzuhalten sei. Dass die Verwaltung natürlich wisse, was dies in der Folgewirkung heißen könne, sei unbenommen.

In diesem Kontext nehme er erneut im Rahmen dieser Vorlage Bezug auf das Stichwort „Wohngeld“, auch daraus würden sich noch einmal Möglichkeiten für vermehrte Mischarbeitsplätze ergeben, weil mehr Wohngeldsachbearbeitung auch wieder in die Bezirke hineinkämen, sodass dann deren Dotierung gut gehalten werden könne.

Ratsfrau Begolli (LINKE) stellt erläuternd zur Einlassung von Ratsfrau Eschweiler dar, dass sie sich -wie auch der Vorlage zu entnehmen sei- in ihrem vorherigen Beitrag zum einen auf die Aufstockung der IT-Koordination für die Bezirke als auch auf die Einrichtung von 0,5 Stelle Hausmeister\*innen je Bezirk bezogen habe.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig.

#### **Beschluss:**

Der Personal- und Verwaltungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

#### **zu 8 Sachstand Neu- und Erweiterungsbau Verwaltungsgebäude Lagerhausstraße Vorlage: E 26/0100/WP18**

Vorab weist Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn (CDU) auf den im Rahmen einer Tischvorlage eingebrachten geänderten Beschlussvorschlag der Fraktionen GRÜNE und SPD zu diesem Tagesordnungspunkt hin.

Herr Schavan (E 26) richtet sich vor Einstieg in die Präsentation zunächst mit persönlichen Worten an die Mitglieder des Personal- und Verwaltungsausschusses. Dies sei heute ein schwerer Tag für das Gebäudemanagement und auch ein sehr schwerer Tag für ihn selber. Das Gebäudemanagement habe mit diesem Erweiterungsbau nicht nur die Zukunft gestalten und sondern auch anderes bauen wollen. Man sei sich im Klaren darüber gewesen, dass das, was man heute mit dem Gedanken an Verwaltung 2030/2040 baue, etwas anderes sein müsse. Dies habe neue zukunftsweisende Konzepte erforderlich gemacht. Die Mitarbeitenden des Gebäudemanagements hätten sich hochmotiviert und mit Herzblut in dieses neue Themenfeld eingearbeitet. Daher sei ihm die Empfehlung des letzten Satzes der Vorlage zur Einstellung der Planung nicht leichtgefallen. Sodann nimmt er im Rahmen einer Präsentation Stellung zur Beurteilung der Lage und der sich hieraus resultierenden Empfehlung.

Im Anschluss an die Präsentation bedankt sich Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn (CDU) für die erläuternden Ausführungen zum Beschlussvorschlag.

Ratsfrau Griepentrog (GRÜNE) führt aus, dass sie die emotionale Seite der Darstellung teile. Es seien wirklich wunderbare Pläne für das Gebäude und auch eine gute Idee gewesen und trotzdem sei es so, dass man manchmal anders entscheiden müsse. An dieser Stelle bedanke sie sich für die beschriebene Arbeit und das konzeptionelle Überdenken, welches als kleiner Trost übrigbleibe und an anderer Stelle weiter genutzt werden könne. Auch wenn der Ausschuss in der heutigen Sitzung auf der einen Seite die Beendigung der Planung berate, bleibe auf der anderen Seite das Gebäude, so wie es sei, dort stehen. Aus diesem Grund stelle ihre Fraktion gemeinsam mit der SPD-Fraktion den Antrag zur Änderung des bestehenden Beschlussvorschlages. In der heutigen Sitzung solle nicht nur beschlossen werden, dass die Planungen nicht weitergeführt würden. Denn mit dem Verwaltungsgebäude Lagerhausstraße habe die Verwaltung nun weiterhin ein Gebäude an einem sehr günstigen Verwaltungsstandort, welches bekanntermaßen sanierungsbedürftig sei. Dies bedeute, dass die Verwaltung jede das Gebäude betreffende zukünftige Veränderung bereits jetzt schon weiter mitbedenken müsse. Es solle daher heute deutlich gemacht werden, dass man nicht nur auf den Stand von 2017 zurückgehe, sondern die Verwaltung zur Vorlage eines den Bedarfen angepassten und zukunftsweisendes Gesamtkonzeptes beauftragt werde. Die Energie, welche in dem bisherigen Prozess stecke, solle auch erhalten bleiben.

Ratsfrau Parting (SPD) bedankt sich ebenfalls für die Ausführungen. Dies sei ja das Projekt, bei welchem alle mit dabei gewesen wären und gesagt hätten, dass für dieses Vorhaben genau der richtige Standort gefunden worden sei. Es sei daher überaus schade, dass es man es jetzt so nicht weiterentwickeln könne. Eine Bemerkung von Herrn Schavan greife sie jedoch an dieser Stelle gerne auf und diese beziehe sich auf ein geändertes „Mindset“ der Mitarbeitenden, welche an dem Projekt mitgewirkt hätten. Dies sei ein ganz wichtiger Punkt. Sicherlich habe man bereits viel Geld ausgegeben, aber allein schon das geänderte Mindset, sei die Ausgabe Wert gewesen. Der Gedanke allein als Stadtverwaltung „cradle to cradle“ bauen zu wollen, habe ganz viel bewegt und wenn man dies für zukünftige Projekte mitnehmen könne, habe man zumindest dieses Bewusstsein mit auf den Weg gebracht.

Ratsfrau Begolli (LINKE) spricht dem Vortragenden ihren Dank aus. Sie könne sich sehr gut vorstellen, dass der heutige Tag sehr schwer für ihn und die gesamte Mannschaft sei. Sie stelle sich jedoch die Frage, inwieweit die Mitglieder des Personal- und Verwaltungsausschusses einen Beschluss des Planungsausschusses aufheben könnten. Der Ausschuss könne heute vielleicht der Empfehlung des Gebäudemanagements nachkommen; jedoch könne man nicht den Beschluss des Planungsausschusses aufheben. Das Verwaltungsgebäude Lagerhausstraße sei sowohl von innen als von außen „vor Hässlichkeit schön“ und entspreche in keiner Weise mehr, auch im Rahmen von Personalgewinnung und -bindung, den Anforderungen an modernes Arbeiten. Selbstverständlich könne man die Erkenntnisse, welche man bis jetzt gewonnen habe, auch für Umbau- bzw. Sanierungsmaßnahmen nutzen. Umbauten schlägen jedoch häufig extrem zu Buche und daher sei es manchmal auch nachhaltiger, andere Lösungen zu finden. Dies müsse gegebenenfalls im Betriebsausschuss Gebäudemanagement und im Planungsausschuss diskutiert werden. Sie habe daher eher den Vorschlag, alles nur ruhen zu lassen und es nicht direkt zu beerdigen. So könne die wirtschaftliche Entwicklung der Preisspirale beobachtet

werden und dies rechne sich gegebenenfalls auch, da die Anmietung von Gebäuden für Mitarbeitende auch nicht so billig sei und sich langfristig nicht rechne. Aus vorgenannten Gründen plädiere sie dafür alles ruhen zu lassen, weil letztendlich mit der Entscheidung dieses Projekt einzugehen, die Politik auch den Willen dazu bekundet habe, moderne Arbeitsplätze zu schaffen. Sie stelle daher den Antrag, die Planungen zunächst einmal ruhen zu lassen, wenn auch Herr Schavan fachlich dieser Auffassung sei.

Ratsfrau Eschweiler (CDU) bedankt sich ebenfalls für den Vortrag. In dem Moment, in welchem klar gewesen sei, dass man nur noch die halbe Fläche habe, aber die Kosten ins Unermessliche gingen und auch noch weiter steigen würden, seien dies im Prinzip die notwendigen Konsequenzen gewesen, welche gezogen werden müssten. So auch vor dem Hintergrund, was noch auf die Verwaltung zukommen könnte und was man dafür nur als Ergebnis nach einem ersten Bauabschnitt erhalten würde. Dies sei natürlich nicht das, was man sich vorgestellt habe und entsprechend habe man es sich auch anders gewünscht. Für ihr Dafürhalten werde kein Baubeschluss gefasst, sodass der Beschluss heute auch ohne Probleme erweitert werden könne. Der Beschluss, so wie er hier vorliege, könne und werde so mitgetragen werden, da es um die Arbeitnehmenden gehe. Man brauche eine zukunftsfähige Aussage darüber, wieviel Fläche tatsächlich benötigt werde. Dies werde, um überhaupt eine Perspektive schaffen zu können, als Basis benötigt. Aktuell miete man in regelmäßigen Abständen neue Flächen an, um umgehend eine Verbesserung herbeizuführen und auch Arbeitsbereiche und Dezernate zusammenführen zu können. Zudem habe sich während der Zeit des Planens über diese Jahre vieles verändert, sodass man es nun auch noch einmal vor dem neuen Hintergrund betrachten müsse. Die CDU-Fraktion werde dem Beschluss so zustimmen, da es um Personal und nicht ums Bauen gehe.

Herr Schavan (E 26) bedankt sich zunächst für alle Impulse und Hinweise. Laut einer Statistik des Bundesamtes stehe man aktuell bei einer Baukostensteigerung von 18 % pro Jahr; perspektiv bedeute dies in 2 Jahren eine Erhöhung auf 36 %. Die Hochpreisphase werde voraussichtlich noch mindestens 3 Jahre anhalten. Natürlich seien dies auch nur Prognosen. Es spreche viel dafür, dass sehr viel Zeit vergehe, bis man neu über diesen Standort spreche. In diesem Zusammenhang sei seine Erfahrung, dass dann Altkonzepte bzw. Altplanungen auch schon wieder als Makulatur angesehen werden könnten. Wenn also wieder der richtige Zeitpunkt eintrete, bitte er darum, dass man dann auch wieder gemeinsam neu denke. Bezugnehmend auf den Zustand des Gebäudes Lagerhausstraße sei dieses Gebäude aus seiner Zeit, Mitte/Ende der 70iger Jahre, eines der besterhaltenen Gebäude in dieser Stadt. Nur auf den Aspekt der Flexibilität bezogen, täte dieses Gebäude der Verwaltung gut. Die Konstruktion des Gebäudes ließe viele Raumveränderungen bzw. Umbaumöglichkeiten im Inneren zu. Dies betreffe nur diesen einen Punkt. Ansonsten wisse er natürlich, wovon die Mitglieder des Ausschusses sprächen und auch die Sitzungsraumsituation sei ihm hinlänglich bekannt. Selbstverständlich gebe es einen Sanierungsbedarf und zudem bilde dieses Gebäude auch nicht die neuen Arbeitswelten ab. Wobei es auch in Expertenkreisen hierzu noch immer keine einheitliche Definition gebe. Als Bauleute bräuchte man dann am Ende einen definitorischen Bereich, welchen es dann baufachlich umzusetzen gelte. Grundsätzlich müsse man daher konzeptionell über die Schrittfolge bis zur baulichen Umsetzung nachdenken, sodass man dann eine Verwaltung habe, die für 2030/2040 gut gerüstet sei.

Die Präsentation wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn (CDU) lässt -auch in Abgrenzung zum Planungsausschuss- über nachfolgende Beschlussvorschlagsvarianten abstimmen:

- Der Personal- und Verwaltungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt, die Planungen unmittelbar ruhen zu lassen.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss lehnt den Beschlussvorschlag bei 1 Zustimmung ab.

- Der Personal- und Verwaltungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und folgt der Empfehlung, die Planungen unmittelbar einstellen zu lassen.

Darüber hinaus bittet der Ausschuss um zeitnahe Vorlage eines zukunftsweisenden Gesamtkonzeptes für den Bedarf an Verwaltungsflächen.

Ratsfrau Begolli (LINKE) bittet an dieser Stelle um getrennte Abstimmung der Absätze, da sie ansonsten dem 2. Absatz nicht zustimmen könne.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt den Beschlussvorschlag (1. Absatz) mit 16 Zustimmungen bei einer Gegenstimme.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt den Beschlussvorschlag (2. Absatz) einstimmig.

#### **Beschluss:**

Der Personal- und Verwaltungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und folgt der Empfehlung, die Planungen unmittelbar einstellen zu lassen.

Darüber hinaus bittet der Ausschuss um zeitnahe Vorlage eines zukunftsweisenden Gesamtkonzeptes für den Bedarf an Verwaltungsflächen.

#### **zu 9 Mitteilungen der Verwaltung**

Einlassungen ergeben sich zu diesem Tagesordnungspunkt nicht.

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn (CDU) schließt die Sitzung um 18:30 Uhr. Im Sitzungsnachgang spricht sie Herrn Hammers zu seinem zeitnahen Eintritt in den Ruhestand im Namen des gesamten Ausschusses ihren Dank und ihre Wertschätzung für die vielen gemeinsamen Jahren einer guten Zusammenarbeit aus.



Annika Fohn  
Ausschussvorsitzende

Kerstin Bläsius  
Schriftführerin

gesehen:

Sibylle Keupen  
Oberbürgermeisterin